

Das US-amerikanisch-japanische Bündnis auf den Prüfstand? Das Problem der US-Militärbasen auf Okinawa unter der Regierung Hatoyama

Sakaeda, Ryoma; Igarashi, Yumi

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sakaeda, R., & Igarashi, Y. (2010). *Das US-amerikanisch-japanische Bündnis auf den Prüfstand? Das Problem der US-Militärbasen auf Okinawa unter der Regierung Hatoyama*. (GIGA Focus Asien, 3). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276444>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Das US-amerikanisch-japanische Bündnis auf dem Prüfstand? Das Problem der US-Militärbasen auf Okinawa unter der Regierung Hatoyama

Ryoma Sakaeda und Yumi Igarashi

Am 19. Januar 2010 jährte sich der US-amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag zum 50. Mal. Die Jubiläumsfeierlichkeiten fanden jedoch unter dem Eindruck diplomatischer Spannungen zwischen den Regierungen beider Länder statt. Im Mittelpunkt des gegenwärtigen Disputs steht der umstrittene Plan, einen US-Militärflugplatz in Ginowan im Stadtteil Futenma, Präfektur Okinawa, zu verlegen.

Analyse

Die im September vergangenen Jahres neu ins Amt gekommene Demokratische Partei Japans (DPJ) vertritt im Allgemeinen moderate Standpunkte in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Dennoch setzt sie sich von Maßnahmen zur Stärkung der militärpolitischen Koordination mit den USA ab, die noch von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) vereinbart wurden. Dabei stellt die DPJ einen bestehenden Plan zur Verlegung eines US-Militärstützpunktes in Frage.

- Die Bündnisbeziehung zu den USA wird durch den Regierungswechsel nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Allerdings könnte die sogenannte Roadmap aus dem Jahr 2006 schon bald ihren Status als Grundsatzdokument für die Neuordnung der bilateralen Allianz verlieren.
- Vieles wird davon abhängen, worauf sich die Regierungskoalition in der Frage der Stützpunktverlegung einigt.
- Die gegenwärtig kursierenden Vorschläge der Regierung könnten auf die Ablehnung sowohl der USA als auch der Gegner in Okinawa stoßen.
- Mit Blick auf die derzeitige Dreiparteienkoalition zeichnet sich ab, dass die Sozialdemokratische Partei Japans (SDP) in der Futenma-Frage ins Abseits gerät, während sich die Neue Volkspartei als Koalitionspartner der DPJ empfiehlt.

Schlagwörter: USA, Japan, US-amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz, DPJ, Futenma-Problem

1. Der US-amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag

Der bilaterale Sicherheitsvertrag zwischen Japan und den USA vom Januar 1960 (Treaty of Mutual Cooperation and Security Between the United States and Japan) konsolidierte das im Zuge des Friedensvertrags von San Francisco (1951) abgeschlossene, eher rudimentäre Sicherheitsabkommen zwischen den beiden Staaten. Artikel 5 des Vertragswerks spricht erstmals in expliziter Weise eine einseitige Sicherheitsgarantie der USA gegenüber Japan aus, wonach ein Angriff gegen das japanische Territorium als Angriff gegen beide Vertragsparteien zu bewerten ist. Artikel 6 enthält ein Status of Forces Agreement (SOFA) zwischen den beiden Staaten. Den USA wird demnach ein Truppenstationierungsrecht in Japan gewährt. Durch den Mangel an Reziprozität im Sicherheitsvertrag beschränkte sich Japan (bewusst) auf eine passive und ungleiche Rolle im verteidigungspolitischen Kooperationsgefüge mit den USA. Gleichzeitig setzte sich die seit den 1950er Jahren bestehende verfassungsrechtliche Ambivalenz fort, die sich aus der sogenannten „Kriegsverzichtsklausel“ (Artikel 9) der japanischen Nachkriegsverfassung ergibt. Laut Artikel 9 verzichtet Japan auf das Recht zur Kriegsführung sowie auf den Unterhalt von „Kriegspotenzial“. Mit der (von den USA forcierten) Gründung von Selbstverteidigungstreitkräften (Self-Defense Forces, SDF) im Jahre 1954 verfügte Japan de facto wieder über eine Armee, deren Existenz in der Folge als „zur Landesverteidigung notwendiges Minimum“ legitimiert wurde. Sowohl die Entsendung von SDF-Einheiten außerhalb Japans als auch die Anwendung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung – also die militärische Beihilfe im Falle eines Angriffs auf einen befreundeten Staat – wurden hingegen als verfassungswidrig interpretiert.

Mit dieser erstmals im Jahre 1956 formulierten Interpretation der Regierung bewegen sich sowohl die SDF als auch die Verteidigungskooperation mit den USA in einer verfassungsrechtlichen Grauzone. Seither spielt die japanische Regierung den Bündnischarakter des Sicherheitsvertrags herunter. Erst in den frühen 1980er Jahren fand die Bezeichnung „amerikanisch-japanische Allianz“ Eingang in den offiziellen Sprachgebrauch der Tokioter Regierung. Die verfassungsrechtlichen Einschränkungen lieferten Japan praktisch zu je-

der Zeit die argumentative Grundlage für eine Verweigerung militärpolitischer Forderungen des US-Bündnispartners. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre wurde jedoch die Rolle Japans bei der Unterstützung von militärischen Operationen der USA spezifiziert und ausgeweitet: Dass diese weiterhin unter Ausschluss von direkten, eigenen Kampfhandlungen der SDF auch außerhalb Japans ausgeübt werden kann, bewiesen die japanischen Beiträge zum „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan und im Irak (vgl. ausführlich Tsuchiyama 2007).¹

2. Die Roadmap 2006 zur Neuordnung der Allianz und das „Futenma-Problem“

Vor dem Hintergrund einer US-amerikanisch-japanischen Allianzbeziehung, die ihren geografischen Einsatzbereich auszuweiten begann, beschlossen die Regierungen beider Staaten im Jahr 2002, einen Prozess zu initiieren, der sich eine präzedenzlose Integration zwischen den SDF und den in Japan stationierten US-Truppen zum Ziel gesetzt hat. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist in der sogenannten Roadmap aus dem Jahr 2006 zusammengefasst. Neben der gemeinsamen Modernisierung der Streitkräfte (u.a. eine US-amerikanisch-japanische Antiterrorspezialeinheit, gemeinsam betriebene Kommandozentralen sowie Radarstationen) sind Restrukturierungspläne für die US-Militärstützpunkte aufgeführt. Dadurch fand eine langwierige Problematik Eingang in das Abschlussdokument: Die Frage von Stützpunktverlegungen in und aus der Präfektur Okinawa. Die südlichste Inselkette Japans stand bis zum Jahr 1972 unter der Verwaltungshoheit der USA, und bis heute trägt Okinawa einen überproportional hohen Anteil zur Einhaltung des Stationierungsabkommens bei. Die insgesamt 37 US-Militäreinrichtungen nutzten etwa 20 Prozent der gesamten Landfläche des Archipels. Knapp die Hälfte des gesamten US-Truppenkontingents in Japan (ca. 45.000 Soldaten) sind auf Okinawa stationiert. Die nicht unproblematisch hohe Truppenpräsenz prägt Okinawa politisch, kulturell und wirtschaftlich und ruft Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervor. Die Spannungen erreichten im Jahr 1995 einen Höhepunkt, als drei

¹ Seit dem Jahr 1992 sind Auslandseinsätze der SDF im Rahmen von friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen möglich und durchgeführt worden.

Angehörige der US-Armee eine Schülerin vergewaltigten und ermordeten. Zu jenem Zeitpunkt belasteten bilaterale Handelsdispute die US-amerikanisch-japanischen Beziehungen, und es bedurfte in der Folge einiger diplomatischer Anstrengungen, um eine erneute Bekräftigung der Allianzbeziehung zu erwirken.² Dabei nahmen sich die Regierungen beider Staaten der Problematik auf Okinawa an und beauftragten einen Sonderausschuss (Special Action Committee on Okinawa, SACO) mit der Überprüfung möglicher Entlastungsmaßnahmen für Okinawa. Im Zentrum des SACO-Abschlussberichts aus dem Jahr 1996 steht die Rückgabe eines Heliports in dem dicht bewohnten Stadtteil Futenma (Stadt Ginowan) an die Präfektur Okinawa. Im Gegenzug soll ein neuer Militärflughafen mitsamt Heliport an einem anderen Ort innerhalb Okinawas entstehen. Über die Frage, wo sich dieser neue Standort befinden soll, bestand lange Zeit Uneinigkeit. Erst im Jahre 2005 verständigten sich Tokio und Washington auf eine Verlegung in den US-Stützpunkt Camp Schwab, der sich in dem Gebiet Henoko nahe der Stadt Nago befindet. Seither kommt es zu Protesten von Einwohnern Nagos und von Umweltschutzaktivisten. Trotz des Widerstands in Okinawa und weiterhin offener Fragen übernahm die Roadmap von 2006 diesen Beschluss als bilaterale Vereinbarung zwischen Japan und den USA. Im Gegensatz zur Futenma-Lösung erscheint eine weitere Vereinbarung der Roadmap eher als eine direkte Maßnahme zur Entlastung Okinawas: Bis zum Jahr 2014 sollen 8.000 US-Soldaten aus Okinawa nach Guam (Außengebiet der USA im westpazifischen Ozean) umziehen. Im jüngsten Abkommen über die Verlagerung der US-Marineeinheiten nach Guam (sogenanntes Guam-Abkommen) vom Februar 2009 wurde festgelegt, diesen Plan von der Futenma-Verlegung abhängig zu machen. Ferner bleibt die Übernahme des Großteils der dabei entstehenden Kosten (ca. 60 Prozent von 10 Mrd. USD) durch Japan eine Bedingung für die Truppenverringerung auf Okinawa (MOFA 2009).

² Im Rückblick betrachtet, ging der damit angestoßene Prozess über eine bloße Bestätigung der Allianzbeziehung hinaus und bildet die Grundlage für eine Ausweitung der japanischen Bündnisrolle.

3. Entwicklungen seit dem Amtsantritt Hatoyamas

Außen- und sicherheitspolitische Standpunkte der DPJ

Als langjährige Oppositionspartei vertrat die DPJ³ in der Summe moderate außen- und sicherheitspolitische Positionen, die eindeutig im Zentrum des parteipolitischen Meinungsspektrums in Japan zu verorten sind. Allerdings zog der durch Expremierminister Junichiro Koizumi (Amtszeit: 2001-2006) vorangetriebene Ausbau des bilateralen Bündnisses mit den USA zu einer global operierenden Allianz immer wieder die Kritik der DPJ auf sich. Als Gegenentwurf formulierte die DPJ eine „unabhängige Diplomatie“ als Leitbild für Japans Außenpolitik. Damit ist gemeint, dass Japan sich weniger den Vorgaben der USA unterordnet und für einen Status als gleichberechtigter Partner eintritt. Schon in der Frühphase nach (Neu-)Gründung der Partei (1998) nahm die Okinawa-Problematik einen hohen Stellenwert im bündnispolitischen Programm der DPJ ein. Im Jahre 2008 veröffentlichte die Partei ihre eigene „Vision“ zu Okinawa, in der sie eine grundsätzliche Revision sowohl des SOFA als auch der Futenma-Problematik fordert (DPJ 2008). Während die Zentralität der US-amerikanisch-japanischen Allianz für die Sicherheit Japans sowie für die Stabilität der asiatischen Region nicht in Frage gestellt wird, betonen einige DPJ-Spitzenpolitiker eine stärkere Anbindung Japans an die Vereinten Nationen (VN) als Alternative zur einseitigen Orientierung an den USA – vor allem dann, wenn Letztere unilateral (d.h. in erster Linie ohne VN-Mandat) agieren sollten. Des Weiteren soll Japan sich stärker der Region Ostasien zuwenden. Insgesamt bleibt jedoch zu konstatieren, dass die DPJ kein Monopol über die vorgetragenen Punkte in außen- und sicherheitspolitischen Fragen beanspruchen kann, da diese ebenso (zumindest partiell) von hochrangigen Politikern anderer Parteien, einschließlich von Kreisen der ehemaligen Regierungspartei LDP, vertreten werden (Easley et al. 2009: 19).

³ Zu den Wahlen vom August 2009: Köllner (2009).

Die Forderung nach einer Revision der Roadmap

Im Oktober 2009 erklärte die Hatoyama-Regierung, das Mandat für den SDF-Einsatz im Indischen Ozean nicht erneut verlängern zu wollen.⁴ Anstelle des mehrmals verlängerten SDF-Einsatzes, der somit im Januar 2010 auslief, versprach Hatoyama ein Hilfspaket für Afghanistan in Höhe von fünf Mrd. USD. Während dieser Schritt zu erwarten war und von der US-Regierung (notgedrungen) mit Wohlwollen quittiert wurde, steht die Neuverhandlung der Roadmap aus dem Jahr 2006 im Mittelpunkt des gegenwärtigen bilateralen Disputes. Im Wahlkampf 2009 sprach Hatoyama offen über die Möglichkeit, den Heliport in Futenma aus der Präfektur Okinawa oder sogar gänzlich aus Japan zu verlegen (Klingner 2009: 3). Mit diesem Wahlversprechen positioniert sich die DPJ noch deutlicher in Abgrenzung zur LDP-geführten Vorgängerregierung und nähert sich so den außenpolitischen Zielsetzungen der beiden „kleinen“ Koalitionspartner – der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDP) und der Neuen Volkspartei (People's New Party, PNP). Beide Parteien treten für eine Revision der Roadmap ein. Während die PNP sich in jüngerer Zeit aufgeschlossen gegenüber möglichen Kursänderungen der DPJ zeigt (siehe weiter unten), vertritt die SDP nach wie vor radikalere Standpunkte wie die Forderung nach einer „unbewaffneten Neutralität“ Japans sowie einen Abzug der US-Streitkräfte. Dementsprechend lautet die Formel der SDP in der Futenma-Frage: „außerhalb Okinawas, außerhalb Japans“. Anfang Dezember drohte die Parteichefin der SDP, Mizuho Fukushima, mit einem Austritt aus der Regierungskoalition, falls eine Verlegung Futenmas innerhalb von Okinawa erfolgen sollte (Nikkei, 3.12.2009).

Gleichzeitig löste das Wahlversprechen Hatoyamas in Teilen der Bevölkerung Okinawas hohe Erwartungen aus. Die Bewohner von Nago sprachen sich in Abstimmungen mehrheitlich gegen eine Verlagerung in ihre Stadt aus. Sowohl das Bürgermeisteramt der Stadt als auch die Präfekturverwaltung Okinawas verhielten sich zumeist ambivalent in dieser Frage. Dies hat sich jedoch in jüngerer Zeit zugunsten einer klar ablehnenden Position geändert. Der Gouverneur von Okinawa, Hirokazu Nakaima, äußerte zuletzt in

Gesprächen mit der Tokioter Zentralregierung seine Präferenz für eine Verlegung von Futenma an einen Ort außerhalb seiner Präfektur. Ende Januar 2010 gewann Susumu Inamine, ein unabhängiger, aber von den Parteien der Regierungskoalition unterstützter Kandidat, die Bürgermeisterwahlen von Nago. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die in der Vergangenheit dem Verlegungsplan aufgrund von Zahlungen der Zentralregierung zugestimmt hatten, tritt Inamine vehement gegen eine Verlegung in das Gebiet seiner Stadt ein (Nikkei, 18.2.2010).

Warten und beharren: Die US-Regierung unter Obama

Die *New York Times* veröffentlichte Ende August einen (gekürzten) Artikel von Hatoyama, der bei vielen Beobachtern in den USA die Befürchtung auslöste, Japan könne das vom neuen Regierungschef proklamierte Ziel der Hinwendung zur (ost-)asiatischen Region auf Kosten einer Abwendung von den USA verfolgen. Hatoyamas Bereitschaft, die einmal vereinbarten Pläne zur Umstrukturierung der US-Militärbasen auf Okinawa neu aufzurollen, verstärkte sicherlich diesen Eindruck. Unmittelbar nach dem Wahlsieg der DPJ begannen US-Diplomaten, Druck auf die neue japanische Regierung auszuüben. Washington lehnte mögliche Neuverhandlungen zur Roadmap zunächst kategorisch ab. In der Futenma-Frage hält die Obama-Regierung den bereits in der Roadmap aufgeführten Plan für die beste Option. Ungeachtet der Tatsache, dass die Roadmap noch unter der republikanischen Vorgängerregierung entstanden war, ist die gegenwärtige US-Regierung nicht bereit, eine bereits formalisierte (wenn auch rudimentäre) Abmachung mit Japan ohne Weiteres wieder aufzugeben.

In der Vergangenheit erwiesen sich die Tokioter Regierungsvertreter als zähe Verhandlungspartner, die immer wieder die „Verfassungskarte“ ausspielten, um weitergehende, für japanische Politiker unweigerlich mit verfassungsrechtlich-politischen Kontroversen verbundene Forderungen der USA abzuwehren oder deutlich abzuschwächen. Darüber hinaus startete die US-Außenpolitik unter Obama eine diplomatische (Charme-)Offensive gegenüber den Staaten in Asien. Sie betont zugleich ihre Entschlossenheit, die regionale US-Präsenz aufrechtzuerhalten. Bei einer Ansprache am 12. Januar 2010 über die Prioritäten

⁴ Der japanische Marineeinsatz begann wenige Wochen nach dem 9. September 2001 und bestand darin, logistische Unterstützung (Treibstoffversorgung) für die alliierten Kampfverbände in Afghanistan zu gewährleisten.

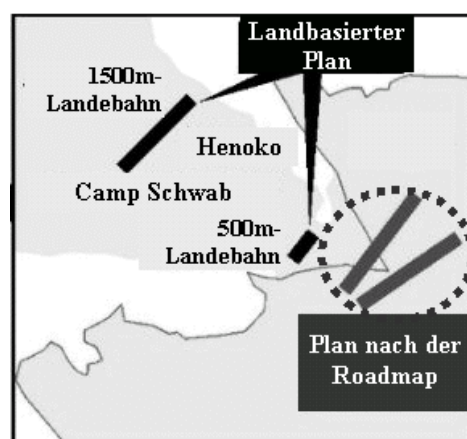
und Prinzipien einer „regionalen Architektur in Asien“ brachte dies Außenministerin Hillary Clinton folgendermaßen zum Ausdruck: „Ich glaube nicht, dass irgendwelche Zweifel [...] daran bestehen, dass die USA wieder zurück sind in Asien. Aber ich möchte betonen, dass wir zurück sind, um zu bleiben“ (Clinton 2010). In jeder „regionalen Architektur in Asien“ mit einer starken US-Präsenz ist die bilaterale Allianz mit Japan und den dort stationierten US-Truppen nur schwer ersetzbar. Dessen ist sich die Obama-Regierung wohl bewusst und signalisierte alsbald der Regierung in Tokio ihr Verständnis für die innenpolitischen Gegebenheiten in der Futenma-Frage. Im Gegenzug versprach Hatoyama, bis Ende Mai 2010 eine Entscheidung zu treffen und einen endgültigen Umzugsplan zu präsentieren (Nikkei, 3.3.2010).

Mögliche Lösungsvorschläge zum Futenma-Problem

Der Versuch der DPJ, Politik transparenter zu gestalten als die vorherige Regierungspartei LDP, führte unglücklicherweise dazu, dass unmittelbar am Futenma-Problem beteiligte Kabinettsmitglieder in den Medien unterschiedliche Lösungsvorschläge kolportierten. Einschließlich der Vorschläge der Koalitionsparteien und der Akteure auf Okinawa kursieren derzeit drei Optionen: 1) Einhaltung der Roadmap, 2) Umzug innerhalb Okinawas, aber nicht nach Nago und 3) Verlegung außerhalb Okinawas oder Japans (z. B. nach Guam) (Green/Szechenyi 2010). Seit Dezember vergangenen Jahres überprüft eine Regierungskommission unter dem Vorsitz des Chefkabinettssekretärs Hirofumi Hirano die Umsetzbarkeit der verschiedenen Vorschläge. Japanischen Medienberichten zufolge übermittelte Hatoyama jedoch schon Anfang Februar der US-Regierung eine von seiner Partei bevorzugte vierte Option. Demnach soll der Umzug Futenmas in den Stützpunkt Camp Schwab stattfinden, allerdings unter einer im Detail abweichenden Bedingung: Der vorgesehene Bau zweier in das angrenzende Meer hineinreichender Landebahnen in V-Form soll durch zwei getrennte Landebahnen im Landesinneren gänzlich ersetzt werden (siehe Abbildung 1). Die V-förmige Konstruktion würde zusätzliche Maßnahmen zur Landgewinnung erfordern. Dies wiederum ruft den Widerstand von Umweltschutzaktivisten hervor. Der bislang inoffiziell lancierte Alternativ-

plan würde zumindest die umstrittene Landgewinnung umgehen. Aus Sicht der Tokioter Zentralregierung spricht womöglich ein weiteres Argument für diese rein „landbasierte“ Option: Da die Landebahnen gänzlich im Inneren des Stützpunktes Camp Schwab verlaufen würden, fiel ihr Bau unter die Jurisdiktion des US-Militärs und es bedürfte keiner Zustimmung durch die Präfekturverwaltung Okinawas. Der landbasierte Plan würde die Möglichkeit für Gegner des Standorts in Nago, juristische Einsprüche einzulegen, erheblich erschweren.

Abbildung 1: Vorgesehener Bau zweier Landebahnen



Quelle: *Yomiuri Online* (2010); Original in Japanisch, eigene Übersetzung der Autoren.

Des Weiteren scheint sich ein Konsens zwischen der DPJ und der PNP einzupendeln. Die PNP gab Ende Februar bekannt, einen Vorschlag bei der Regierungskommission einzureichen, der sich auf den landbasierten Plan stützt. Hatoyama erklärte wiederum, dass bis Ende März eine Wahl getroffen werden soll. Der vorgezogene Entscheidungstermin lässt der japanischen Regierung ausreichend Zeit bis zum ursprünglichen Ultimatum, um das Gespräch mit der US-Regierung zu suchen. Allerdings bleibt unklar, wie die US-Regierung darauf reagieren wird. Der landbasierte Plan wurde von japanischer Seite bereits während der Verhandlungen zur Roadmap eingebracht. Die US-Verhandlungsführer lehnten ihn damals ab und argumentierten, dass der Bau der Landebahnen im Inneren des Stützpunktes aus sicherheits-, manöver- und umweltschutztechnischen Gründen nicht durchführbar sei.

Womöglich in Antizipation dieser Argumente erwägt die DPJ weitere Variationen der landbasierten Option, ohne dabei den Widerstand der Bewohner in Nago aus den Augen zu verlieren. So soll unter Umständen vorgeschlagen werden, lediglich die kürzere Landebahn für den Heliport im Camp Schwab zu bauen, auf die andere hingegen zu verzichten und in Futenma durchgeführte Manöverübungen zukünftig in einem anderen US-Stützpunkt auf Okinawa oder sogar in einer anderen Präfektur stattfinden zu lassen (Nikkei, 20.2.2010).⁵

Angesichts der bisherigen Entwicklungen in der Futenma-Frage steht die Dreiparteienkoalition vor einer ernsthaften Herausforderung. Der Bereitschaft zur Flexibilität in dieser Frage, wie sie die DPJ gerade demonstriert, ist bislang nur die PNP gefolgt. Damit vergrößert sich die Diskrepanz zur SDP. Ohnehin ist es das erklärte Ziel des Generalsekretärs und obersten Wahlkampfleiters der DPJ, Ichiro Ozawa, ein Ergebnis bei den kommenden Oberhauswahlen (Juli 2010) herbeizuführen, das die Abhängigkeit seiner Partei von der SDP beendet. Im Februar trat ein ehemaliger LDP-Oberhausabgeordneter in die PNP ein, wodurch sich aus Sicht der DPJ der Stellenwert der SDP als Mehrheitsbeschaffer verringert und jener der PNP erhöht (Nikkei, 3.3.2010). Die inoffiziellen Lösungsvorschläge (Stand: 5. März 2010) der DPJ und der PNP beinhalten allesamt die Verlegung von Einrichtungen in Futenma nach Nago bzw. deren Verbleib auf Okinawa. Gleichzeitig betonen die Tokioter Regierungsvertreter, dass eine Kompromisslösung auch die Interessen der Bevölkerung auf dem betroffenen Archipel zu berücksichtigen habe. Eine Durchsetzung der landbasierten Varianten würde vermutlich weitere Verhandlungen zwischen der Zentral- und der Präfektur- bzw. Lokalregierung über anderweitige Kompensationstransfers nach sich ziehen.

4. Fazit und Ausblick

Eine zügige Einigung zwischen Japan und den USA hängt von der Bereitschaft Washingtons ab, eine Zersplitterung der Roadmap in ihre Einzelteile hinzunehmen. Sollte die Roadmap weiterhin als unteilbare Paketlösung beibehalten

werden, hält die US-Regierung in Gestalt des vereinbarten Abzugs von Truppenkontingenten aus Okinawa eine Trumpfkarte in der Hand. Jegliche Verzögerung in der Futenma-Frage könnte somit eine Verzögerung des US-Truppenumzugs nach Guam veranlassen. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass diese Episode, trotz ihres gegenwärtig offenen Ausgangs, zu einem grundsätzlichen Bruch in den US-amerikanisch-japanischen Allianzbeziehungen führt. Die Streitigkeiten in der Futenma-Frage beziehen sich zwar auf ein Kernelement des bilateralen Sicherheitsvertrags (Stationierungsabkommen), aber die DPJ stellt einzelne Punkte innerhalb dieses Kerns in Frage. Sie richtet sich dabei lediglich gegen ein relativ junges, eng mit der Ära Koizumi assoziiertes US-amerikanisch-japanisches Abkommen, das sich noch in der Planungsphase befindet.

Literatur

- Clinton, Hillary R. (2010), *Remarks on Regional Architecture in Asia: Principles and Priorities*, 12 January 2010, Imin Center-Jefferson Hall, Honolulu, Hawaii, online: <<http://www.state.gov/secretary/rm/2010/01/135090.htm>> (Aufruf: 04.03.2010).
- Democratic Party of Japan, The (DPJ) (2008), *Minshutō Okinawa-Bijon* (DPJ Okinawa-Vision), online: <<http://www.dpj.or.jp/news/files/okinawa%282%29.pdf>> (Aufruf: 02.03.2010).
- Easley, Leif-Eric, Tetsuo Kotani und Aki Mori (2009), Electing a new Japanese security policy? Examining foreign policy visions within the Democratic Party of Japan, in: *Asia Policy*, 9, 45-66 (advance release).
- Green, Michael J. und Nicholas Szechenyi (2010), US-Japan Relations: Adjusting to Untested Political Terrain, in: *Comparative Connections*, January 2010, CSIS Pacific Forum.
- Klingner, Bruce (2009), U.S. Should Stay Firm on Implementation of Okinawa Force Realignment, in: *Backgrounder* No. 2352, The Heritage Foundation.
- Köllner, Patrick (2009), *Erdrutschsieg der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven*, GIGA Focus Asien, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien> (Aufruf: 02.03.2010).

⁵ Als ein möglicher Standort außerhalb Okinawas ist eine US-Militärbasis in der Präfektur Kagoshima im Gespräch.

- MOFA (2009), *Agreement between the Government of Japan and the Government of the United States of America concerning the Implementation of the Relocation of III Marine Expeditionary Force Personnel and Their Dependents from Okinawa to Guam*, online: <<http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/agree0902.pdf>> (Aufruf: 05.03.2010).
- Nikkei (*Nihon Keizai Shinbun*) (2009), SDP Hardens Stance on Futenma Ahead Of Upper House Poll, 3.12., online: <<http://www.nni.nikkei.co.jp/e/ac/TNKS/Nni20091203D03JF192.htm>> (Aufruf: 02.03.2010).
- Nikkei (2010), Mayor Asks Premier to Give Up Futenma Relocation to Nago, 18.2., online: <<http://www.nni.nikkei.co.jp/e/fr/tnks/Nni20100304D04JF344.htm>> (Aufruf: 02.03.2010).
- Nikkei (2010), Shuwabu rikujō-an ga fujō [Land-basierter Plan für Camp Schwab taucht auf], in: *Nihon Keizai Shinbun*, 20. Februar, 2.
- Nikkei (2010), May Will Be Crunch Time For Hatoyama As Futenma Deadline Nears, 3.3., online: <<http://www.nni.nikkei.co.jp/e/ac/TNKS/Nni20100302D02JFA24.htm>> (Aufruf: 04.03.2010).
- Tsuchiyama, Jitsuo (2007), War Renunciation, Article 9, and Security Policy, in: Berger, Thomas U. et al. (Hrsg.), *Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder/London: Lynne Rienner, 47-73.
- Yomiuri Online (2010), Futenman isetsu, shuwabu rikujō-an wo seifu teiji he [Futenma-Verlegung: Die Regierung schlägt landbasierten Plan im Camp Schwab vor], online: <<http://kyushu.yomiuri.co.jp/news/national/20100226-OYS1T00203.htm>> (Aufruf: 05.03.2010).

■ Die Autoren

Ryoma Sakaeda, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und Doktorand am GIGA.

E-Mail: <sakaeda@giga-hamburg.de>

Yumi Igarashi, B.A. (Ökonomie/Politik), ist zurzeit Praktikantin/ stud. Hilfskraft am GIGA Institut für Asien-Studien und Studentin der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

E-Mail: <igarashi@giga-hamburg.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam 1 (Macht, Führung und regionale Ordnung) im GIGA-Forschungsschwerpunkt 4 (Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen) beschäftigt sich mit dem Phänomen China als Neue Regionale Führungsmacht und in diesem Rahmen mit den Hauptakteuren in der Region Ostasien.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Hanif, Melanie, Nadine Godehardt und Ryoma Sakaeda (2009), *Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien*, GIGA Focus Asien, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Köllner, Patrick (2009), *Erdrutschsieg der Opposition in Japan: Hintergründe und Perspektiven*, GIGA Focus Asien, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Nabers, Dirk (2009), Ohne Probleme, ohne Substanz? Die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan, in: Annegret Bendiek und Heinz Kramer (Hrsg.): *Globale Außenpolitik der Europäischen Union: Interregionale Beziehungen und „strategische Partnerschaften“*, Baden-Baden: Nomos, 128-149.

Nabers, Dirk (2006), The Social Construction of the Alliance against Terror – Japan, Germany and the United States, in: *Cooperation and Conflict*, 41, 3, 305-326.

Nabers, Dirk und Ryoma Sakaeda (2008), Äpfel und Birnen? China, Japan, die EU und die komparative Analyse von Außen- und Sicherheitspolitik. Replik auf Thomas Speckmann, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 4/2008, 503-514.

Sakaeda, Ryoma (2007), Soft Power, the 1995 Nye Report, and the U.S.-Japan Alliance, in: *Japan aktuell*, 5, 43-56.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA Focus Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Kerstin Labusga
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM